



**Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.**

## **Rechtspfleger-Kurier**

Ausgabe I/2011

Jahrgang 44

### **Personalratswahlen 17. Mai 2011 Wir rechnen mit Ihrer Unterstützung!**

Personalratsarbeit dient dem Wohl der Beschäftigten. Der Personalrat hat eine Scharnierfunktion zwischen Personal und Behördenleitung und kann deshalb für die gesamte Belegschaft, aber auch für den Einzelnen viel erreichen.

In diesem Sinne arbeiten Personalräte und Berufsverbände vielfältig zusammen.

Der Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V. (VBR) ist derzeit in allen Personalratsgremien sehr gut vertreten. Wir stellen den Vorsitz im Hauptpersonalrat und in den Bezirkspersonalräten der Oberlandesgerichtsbezirke München und Bamberg. Dieses hervorragende Ergebnis der letzten Wahl wollen wir erneut erreichen, nach Möglichkeit sogar verbessern. Hierzu benötigen wir die Unterstützung jeder Kollegin und jedes Kollegen.

Stärken Sie unseren Verband, indem sie sich als Kandidat zur Verfügung stellen – bis Ende Februar noch möglich - ! Zustimmungserklärungen erhalten sie bei ihren Bezirksverbandsvorsitzenden.

Auch wenn viele sich bereits zu einer Kandidatur bereiterklärt haben (siehe anhängende Aufstellung), benötigen wir gerade bei den Stufenvertretungen (Bezirks- und Hauptpersonalrat) jede Kandidatin und jeden Kandidaten und jede Stimme, da sich die Sitzverteilung bei mehreren Wahlvorschlagslisten nach der Stimmenzahl richtet.

Bitte gehen Sie auch unbedingt zur Wahl oder machen Sie von ihrem Recht auf Briefwahl Gebrauch.

Sie finden uns auf dem Stimmzettel unter dem Kennwort:

Gemeinsame Liste Justiz – Beamte  
Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V. (VBR)  
und  
Bayerische Justiz-Gewerkschaft e.V. (BJG)  
- Fachverbände im Bayerischen Beamtenbund -

**Wir rechnen mit Ihrer Unterstützung!**

**Der Landesvorstand**

#### **Inhaltsverzeichnis**

- Personalratswahlen 2011 S. 1
- Interview mit Robert Schmid, Vorsitzender des HP S. 5
- Gespräch mit der SPD-Fraktion S. 6
- Gespräch mit den Freien Wählern S. 7
- MdL Jörg zu Gast bei der Würzburger Justiz S. 7
- NRW stellt neuen Bundesvorsitzenden vor S. 8
- Ausflug des BV Würzburg S. 8
- Neues aus dem BV München S. 9
- Diverses S. 9

## Unsere Spitzenkandidaten

### Hauptpersonalrat bei dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz



1 Robert Schmid  
Landgericht Regensburg  
Vorsitzender HPR  
Mitglied BPR Nürnberg



3 Peter Hofmann  
Landesjustizkasse Bamberg  
Mitglied HPR



5 Claudia Kammermeier  
Amtsgericht Rosenheim  
Mitglied HPR  
Mitglied BPR München



7 Christine Hofstetter  
Landgericht Würzburg  
Mitglied HPR  
Vorsitzende BPR Bamberg



9 Wolfgang Simon  
Amtsgericht Nördlingen  
Vorsitzender BPR München



11 Tanja Raab  
Amtsgericht Nürnberg  
Mitglied BPR Nürnberg

## Bezirkspersonalrat bei dem Oberlandesgericht München



1 Wolfgang Simon  
Amtsgericht Nördlingen  
Vorsitzender BPR



3 Claudia Kammermeier  
Amtsgericht Rosenheim  
Mitglied HPR  
Mitglied BPR



5 Dieter Santl  
Amtsgericht Ebersberg  
Mitglied BPR

## Bezirkspersonalrat bei dem Oberlandesgericht Nürnberg



2 Robert Schmid  
Landgericht Regensburg  
Vorsitzender HPR  
Mitglied BPR



4 Tanja Raab  
Amtsgericht Nürnberg  
Mitglied BPR



6 Elisabeth Eberl  
Landgericht Regensburg  
Mitglied BPR

## Bezirkspersonalrat bei dem Oberlandesgericht Bamberg



1 Christine Hofstetter  
Landgericht Würzburg  
Mitglied HPR  
Vorsitzende BPR



3 Wiebke Burkhart  
Amtsgericht Bamberg  
Mitglied BPR



5 Georg Saffert  
Amtsgericht Schweinfurt  
Mitglied BPR

## Bezirkspersonalrat bei den Generalstaatsanwaltschaften München, Nürnberg und Bamberg



Josef Werner  
Staatsanwaltschaft Nürnberg-  
Fürth  
Mitglied BPR



Monika Wunderlich  
Staatsanwaltschaft Würzburg  
Mitglied BPR

München steht bei Druck noch  
nicht fest

Da bei Drucklegung des Kuriers die Kandidatenlisten noch nicht vollständig waren, verweisen wir auf unsere Homepage. Dort sind bzw. werden alle Kandidaten - auch die der Jugendvertretungen - veröffentlicht.

## **Daniela Woite im Gespräch mit Robert Schmid, dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats und stellvertretendem Landesvorsitzenden des Verbands**

Bekanntlich finden am 17. Mai 2011 die nächsten Personalratswahlen statt. Es liegt nahe, aus diesem Anlass mit dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats bei dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Herrn Robert Schmid, ein Gespräch zu führen.

Herr Schmid, Sie wurden anlässlich des Delegiertentages 2010 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden unseres Verbands gewählt. Wir haben auf Landesvorstandsebene vereinbart, dass sich die gewählten Vorstandsmitglieder unseren Verbandsmitgliedern vorstellen. Es bietet sich an, dieses Gespräch mit einer Vorstellung Ihrer Person zu beginnen.

*Gerne. Ich heiße Robert Schmid, bin verheiratet und ein waschechter Regensburger. Die Rechtspflegerprüfung habe ich im Jahre 1972 abgelegt. Nach Stationen bei den Amtsgerichten Eichstätt und Nürnberg sowie bei dem Landgericht Nürnberg-Fürth bin ich im Jahre 1978 wieder in meine Heimatstadt Regensburg zurückgekehrt. Bei dem dortigen Amtsgericht war ich in verschiedenen Abteilungen tätig, schwerpunktmäßig in Grundbuch- und Zwangsversteigerungssachen. Im Jahre 2000 wurde ich als Bezirksrevisor an das Landgericht Regensburg versetzt.*

Sie sind in der zweiten Wahlperiode stellvertretender Landesvorsitzender und waren drei Perioden Vorsitzender des Bezirksverbands Regensburg. Seit wann sind Sie HPR-Vorsitzender?

*Im Jahre 2004 wurde ich als Nachfolger von Gerhard Detter in dieses Amt gewählt und übe es bis heute aus.*

Wie wichtig sind Personalratstätigkeiten für unseren Verband?

*Sehr wichtig.*

Können Sie das näher erläutern und vielleicht auch Beispiele nennen?

*Nach Maßgabe des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes hat der HPR ein Beteiligungsrecht an Maßnahmen, die im Zuständigkeitsbereich unseres Ministeriums liegen. Beispiele sind Neues Dienstrecht, Einführung und Fortentwicklung neuer EDV-Verfahren, Zeiterfassung, gerichtsorganisatorische Angelegenheiten und unsere „Dauerbrenner“ Spitzenstellenkonzept und Pebb§y. Eigeninitiativ wird der HPR darüber hinaus ebenfalls tätig, z.B. durch die Petitionen an den Bayerischen Landtag zum jeweiligen Doppelhaushalt.*

Ist unter Angelegenheiten der Gerichtsorganisation die ursprünglich beabsichtigt gewesene Reduzierung der Insolvenzgerichte zu verstehen?

*Richtig, aber z.B. auch die Angelegenheit „Übertragung der Nachlasssachen“. Insgesamt handelt es sich um Bereiche, die unseren Berufsstand erheblich tangieren.*

In welcher Weise werden die Angelegenheiten im HPR erledigt?

*Entscheidungen erfolgen durch Mehrheitsbeschluss.*

Daraus folgt, dass die Anzahl unserer Mitglieder im HPR möglichst hoch sein sollte?

*Genau, dies liegt im besonderen Interesse unseres Verbands. Das gleiche gilt für die Bezirkspersonalvertretungen, weil auch dort wichtige Entscheidungen getroffen werden, insbesondere personeller Art. Dies trifft natürlich ebenso für alle örtlichen Personalratsgremien zu.*

Welche Verbandsmitglieder haben derzeit einen Sitz im HPR?

*Peter Hofmann, Christine Hofstetter, Claudia Kammermeier und ich selbst.*

Sie sind seit vielen Jahren auch Mitglied des Bezirkspersonalrats bei dem Oberlandesgericht Nürnberg und waren lange Zeit Vorsitzender des Personalrats bei dem Amtsgericht Regensburg. Was ist in der Personalratstätigkeit von besonderer Bedeutung und warum?

*Der Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Personalrat und*

*Behördenleitung nach Art. 2 BayPVG. Hier sind beide Seiten gefordert. Behörden, bei denen dieser Grundsatz der gleichen Augenhöhe mit Leben erfüllt ist, haben in der Regel ein vergleichsweise besseres Betriebsklima. Was natürlich nicht heißt, dass die Parteien immer die gleiche Meinung haben. Zwischen den Erwartungen der Beschäftigten und den Sachzwängen der Dienstbehörden kann naturgemäß ein Spannungsverhältnis bestehen.*

Was bedeutet Personalratsarbeit für Sie persönlich?

*Sie ist eine ehrenamtliche Tätigkeit, welche der Persönlichkeitsentwicklung und der Gewinnung von Lebenserfahrung dient. Man erhält - umfassender als in der Verbandsarbeit - eine Vielzahl aktueller Informationen, blickt somit „über den eigenen Tellerrand hinaus“ und wird dadurch in die Lage versetzt, Dinge aus einem anderen Blickwinkel heraus betrachten zu können. In meiner Eigenschaft als HPR-Vorsitzender habe ich auch Repräsentationspflichten zu erfüllen und dadurch wichtige Kontakte geknüpft. Letztlich bereitet mir Personalratsarbeit Freude –wie im Übrigen auch die Arbeit im Verband-, was für mich unabdingbar ist.*

Was machen Sie in Ihrer Freizeit?

*Ich bin sehr naturverbunden, gehe gerne in die Berge oder fahre mit dem Rad. Mein Interesse gilt der Kultur, zusammen mit meiner Frau besitze ich ein Theater-Abo. Ich spiele selbst Theater in einer Laienspielgruppe meiner Heimatpfarrei. Dort bin ich auch als Vorsitzender des Pfarrgemeinderats tätig und setze mich u.a. für internationale Hilfsprojekte ein. Ich gehe gerne zum Fußball, bin Mitglied bei Jahn Regensburg. Ruhe und Entspannung finde ich zu Hause bei Frau und auch bei Katze „Susi“.*

Was wünschen Sie sich?

***Ich wünsche mir, dass viele unserer Kolleginnen und Kollegen für die kommenden Personalratswahlen auf allen Ebenen kandidieren, zum Zwecke der Stärkung unserer Berufsorganisation geschlossen ihr Wahlrecht am 17. Mai 2011 wahrnehmen und natürlich unseren Kan-***

***didatinnen und Kandidaten ihre Stimmen geben. Jede Stimme zählt!***

Werden Sie sich nochmals zur Wahl stellen?

Ja.

Herr Schmid, mögen Ihre Wünsche in Erfüllung gehen. Vielen Dank für dieses Gespräch.

Daniela Woite

## **Gespräch mit der SPD-Fraktion**

### **Bei Neueinstellungen darf nicht gespart werden!**

Die Eingabe des Verbandes zum Doppelhaushalt 2011/2012 war Gesprächsthema mit dem Arbeitskreis Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. Dabei waren sich die Abgeordneten mit den Vorstandsmitgliedern des VBR, Peter Hofmann, Tanja Raab und Robert Schmid einig, dass Stellenmehrungen nicht nur der Entlastung der Rechtspfleger in der Praxis dienen. Vielmehr ist es ein Gebot der Stunde qualifizierte Jugendliche in den Staatsdienst zu übernehmen. Dies werde wohl in Zukunft schwieriger. Ebenso gelte es den Rechtspflegerberuf durch eine höhere Eingangsbesoldung bzw. zügige Beförderungen attraktiv zu halten.

MdL Stefan Schuster sprach einige Problembereiche im neuen Dienstrecht an; hier betonten die Verbandsvertreter, dass die modulare Qualifizierung, welche den bisherigen Aufstieg ersetzt, einer raschen Entwicklung und einheitlichen Handhabung unter den Ressorts bedarf.

AK-Vorsitzender MdL Franz Schindler hob hervor, dass der SPD-Antrag auf Nichtübertragung der Nachlasssachen auf Notare noch bestehe und hier noch keine Entscheidung für Bayern gefallen sei. Im Übrigen räume man dem Gesetzesvorhaben im Bund keine großen Erfolgsaussichten ein.

Landesvorsitzender Peter Hofmann warb um Unterstützung bezüglich des vom VBR geforderten Wegfalls der Richtervorbehalte in Nachlass- und Registersachen. Die AK-Mitglieder sagten ihre Unterstützung zu. Einigkeit bestand auch darüber, dass es grundsätzlich

gelte, Konzentrationen bei den Insolvenzgerichten zu verhindern.

Gemeinsamer Wunsch war es, den schon Tradition gewordenen Informations- und Meinungsaustausch beizubehalten.

Peter Hofmann



*v.l. Peter Hofmann, MdL Prof. Dr. Peter Ganzer, MdL Stefan Schuster, MdL Horst Arnold, Tanja Raab, Robert Schmid, MdL Franz Schindler*

## **Gespräch mit den Freien Wählern**

### **Freie Wähler wollen regionale Strukturen erhalten**

Im Gespräch mit dem Arbeitskreis Finanzen, Bürokratie und Recht der Freien Wähler-Fraktion im Bayerischen Landtag, herrschte große Übereinstimmung mit dem Landesvorstand des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger (VBR) in dem Ziel, vorhandene und bewährte Strukturen zu erhalten. Dies gelte sowohl für den Bereich der Insolvenzgerichte, als auch für die Überlegungen, die Nachlasssachen auf Notare zu übertragen. In beiden Fällen wäre der Verlust an Bürgernähe die Folge, wenn die Vorhaben umgesetzt werden sollten. Dies wird jedoch von manchen Politikern in Kauf genommen, konstatierte Landesvorsitzender Peter Hofmann.

Zusammen mit den Vorstandsmitgliedern Christine Hofstetter und Robert Schmid erläuterte er den aktuellen Status und die Tätigkeitsbereiche des Rechtspflegers. Bei den wichtigsten Verbandsanliegen, angefangen bei der Notwendigkeit zusätzlicher Planstellen, bis hin zu dem Wegfall der Richtervorbehalte in Nachlass- und Handelsregistersa-

chen, trafen die Ausführungen auf großes Interesse bei den Gesprächspartnern. Besonders bei der Verbandsforderung nach dem Wegfall des Richtervorbehalts in Nachlasssachen wunderten sich die Abgeordneten Florian Streibl und Manfred Pointner, dass dies nicht schon längst umgesetzt werde, da hier sehr schnell einige Richterstellen zugunsten anderer Tätigkeiten einzusparen wären, ohne jemanden weh zu tun.

Man sollte weiterhin im Gespräch bleiben, erklärte MdL Florian Streibl bei der Verabschiedung.

Peter Hofman



*v.l. MdL Manfred Pointner, Robert Schmid, Christine Hofstetter, Peter Hofmann, MdL Florian Streibl*

## **MdL Oliver Jörg zu Gast bei der Würzburger Justiz**

Auf Einladung des Bezirksverbands Würzburg besuchte Herr MdL Oliver Jörg die Würzburger Justiz. Dabei nutzte nicht nur der Vorstand des Rechtspflegerverbandes, sondern auch Frau Präsidentin des Landgerichts Stadler, Herr Leitender Oberstaatsanwalt Dr. Geuder und Herr Direktor des Amtsgerichts Stockmann die Gelegenheit, sich gegen eine Konzentration der Insolvenzgerichte auszusprechen. Herr Jörg dankte dem Rechtspflegerverband für den Hilferuf in dieser Angelegenheit, der ihn gerade rechtzeitig vor der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz erreicht hat. So konnte das Thema dort zur Diskussion gestellt werden und wurde von den Abgeordneten überwiegend abgelehnt.



*v.l. Rechtsanwalt Dr. Markus Schädler, MdL Oliver Jörg, Rechtspfleger Ralf Veigel, Rechtspflegerin Christine Hofstetter (Rechtspflegerverband), DirAG Roland Stockmann, PräsingLG Anna-Maria Stadler, LOStA Dr. Dietrich Geuder*

Ein weiteres Thema war die angespannte Haushaltslage in Bayern. Herr Jörg betonte, dass Sparmaßnahmen im Bereich der Justiz nur sehr schwer durchzuführen sind und nahm Einsparvorschläge wie die Abschaffung von Doppelzuständigkeiten beispielsweise in Nachlasssachen auf.

Christine Hofstetter

## **NRW stellt neuen Bundesvorsitzenden**

Mit Wolfgang Lämmer (Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen) fand sich bei der Präsidiumssitzung des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) in Weimar überraschend schnell ein neuer Bundesvorsitzender, nachdem Peter Damm sein Amt zum 30.09.2010 niederlegte. Der Verband Bayerischer Rechtspfleger (VBR) gratuliert zur Wahl und wünscht dem „Neuen“ viel Erfolg und Durchhaltevermögen.

Der neue Bundesvorsitzende betonte, wie wichtig es sei, Informationen aus den Bundesländern zusammenzuführen und Handlungswege zu entwickeln.

Dies wurde bzgl. der Frage der Übertragung von Nachlasssachen auf die Notare, welche wohl in der geplanten Form auf Bundesebene nicht kommen wird, auch gleich angegangen. Ein Gespräch mit dem Deutschen Notarverein ist vorgesehen.



*Peter Hofmann gratuliert dem neuen Bundesvorsitzenden Wolfgang Lämmer zur Wahl*

In vielen Bundesländern gibt es zurzeit Überlegungen, die funktionellen Zuständigkeiten der Rechtspfleger weiter zu entwickeln. Hierzu soll eine Kommission mit bayerischer Beteiligung Ideen und Vorschläge unterbreiten, in die auch Ausbildungsfragen mit einfließen sollen.

Mit dem Votum für eine Teilnahme an der „Arge Justiz“ (AGJ) des Deutschen Beamtenbundes, wurde der Anfang einer justiziellen Zusammenarbeit auf Bundesebene gesetzt.

Den aus dem Gremium ausgeschiedenen ehemaligen Landesvorsitzenden Kurt Rosemann (Bayern) und Peter Reimers (Mecklenburg-Vorpommern) wurde für ihr Engagement gedankt. Besonders gewürdigt wurde der Einsatz von Thomas Kappl (Bundespatentgericht München) als wiedergewählter Präsident der Europäischen Union der Rechtspfleger (EUR).

Peter Hofmann

## **Ausflug des BV Würzburg- Exkursion zum BSG in Kassel**

Die documenta-Stadt Kassel war das Ziel der traditionellen Herbst-Exkursion des Bezirksverbands Würzburg. Zunächst stand der Besuch des Bundessozialgerichts auf dem Programm. Das Gebäude ist in einer ehemaligen



Kaserne aus der NS-Zeit untergebracht und wurde kürzlich generalsaniert. Spannend war die Aufgabe, dieses Gebäude in ein modernes, transparent wirkendes Gericht umzugestalten. Bemerkenswert war u.a. die Tatsache, dass dort jeder Mitarbeiter einen gleich großen höhenverstellbaren Schreibtisch hat und in den Sitzungssälen keine Kreuze mehr angebracht sind. Die Tätigkeit des Rechtspflegers besteht dort hauptsächlich in der Leitung von Geschäftsstellen und wird dort teilweise sogar von Absolventen eines Jurastudiums ausgeübt.



Mitglieder des BV Würzburg

Im Anschluss unternahmen wir eine Zeitreise in die Epoche des sog. Wirtschaftswunders. Kassel war im zweiten Weltkrieg nahezu vollständig zerstört – ein gemeinsames Schicksal von Kassel und Würzburg, jedoch mit unterschiedlichem Ausgang. Kassel wurde nämlich modern wieder aufgebaut und es wurden Aspekte wie z. B. der zunehmende Autoverkehr und die Kinokultur bei der Neuplanung der Stadt berücksichtigt.

Christine Hofstetter

## Fortbildung und Neuwahl beim BV München

Der BV München initiierte eine Fortbildungsveranstaltung zum neuen Dienstrecht. Als Vortragende haben sich MD Andreas Zwerger und MR Dr. Carsten Schulz bereit erklärt. Die

Veranstaltung fand bei großer Teilnahme und regem Interesse am 15.12.2010 statt. Zwei Tage zuvor wurde anlässlich der Weihnachtsfeier auch die Vorstandschaft neu gewählt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder haben sich wieder zu Wahl gestellt und wurden mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Herzlichen Glückwunsch!

Daniela Woite

## Diverses

- Insgesamt wurden im Jahr 2009 in Bayern 126.576 Personen wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt. Das sind 6.900 (-5,2 %) weniger als im Jahr 2008. Die Zahl der rechtskräftig Verurteilten ist damit bereits das fünfte Jahr in Folge rückläufig.
- In Landshut wurde ein neues bayerisches Schülergericht ("Teen-Court") eröffnet. Der neue Teen-Court besteht aus 26 Schülern zwischen 14 und 19 Jahren aus Landshuter Schulen aller Schulzweige, die in Gruppen zu mindestens drei Schülern über jugendliche Straftäter "richten". In Anlehnung an US-amerikanische "Teen Courts" wurden in Bayern bereits in Aschaffenburg, Ingolstadt, Ansbach, Memmingen und Augsburg Schülergremien eingerichtet, die sich im Auftrag der Staatsanwaltschaft mit Straftaten Jugendlicher befassen. Dafür kommen ausschließlich Fälle geringerer Kriminalität in Frage, bei denen der Täter geständig und mit diesem Verfahren einverstanden ist.
- Die Unterstützung eines Kollegen durch den Rechtsschutz des bbb hat diesen veranlasst einen Brief an den Verband zu schreiben, um sich für die erfolgreiche Hilfe durch den Verband und den bbb im Rahmen eines Rechtsschutzverfahrens zu bedanken. Wörtlich schreibt er u.a.: "Mir war noch nie so bewusst, was es heißt, in einer schier ausweglosen Situation die Solidarität des Rechtspflegerverbandes zu spüren" WICHTIG: Vor dem Gang zum Rechtsanwalt unbedingt erst den Rechtschutzantrag stellen.
- Der Bundestag hat beschlossen in Berlin ein elektronisches Zentralregister für Testamente einzurichten.

**Debeka** Krankenversicherungsverein a. G.



## Eine große Gemeinschaft bietet Schutz

Sie suchen eine optimale Vorsorge für den Krankheitsfall? Kostengünstig, leistungsstark, individuell, zuverlässig? Dann werden auch Sie Mitglied bei Deutschlands größtem privaten Krankenversicherer.

Mehr als 2,1 Millionen Vollversicherte profitieren bereits von den hervorragenden Leistungen der Debeka.

anders als andere

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Landesgeschäftsstelle Landshut  
Dreifaltigkeitsplatz 11/11a  
84028 Landshut  
Telefon (08 71) 96 56 50 - 0

Landesgeschäftsstelle München  
Damenstiftstraße 9  
80308 München  
Telefon (0 89) 2 35 01 - 0

Landesgeschäftsstelle Nürnberg  
Marienstraße 27  
90402 Nürnberg  
Telefon (09 11) 2 32 04 - 0

[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

**Debeka**

## Die Debeka-Gruppe: Partner des öffentlichen Dienstes

Im Jahr 1905 wurde die Debeka als „Krankenunterstützungskasse für die Gemeindebeamten der Rheinprovinz“ von rheinischen Beamten als Selbsthilfeeinrichtung gegründet. Seit über 100 Jahren ist die Debeka somit dem öffentlichen Dienst eng verbunden. Sie ist Mitbegründerin des Deutschen Beamtenwirtschaftsrings, der vom Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Beamtenbund getragen wird. Inzwischen hat sich aus der einstigen „Krankenunterstützungskasse“ die Debeka-Gruppe mit ihrem vielfältigen Versicherungs- und Finanzdienstleistungsangebot entwickelt. Mit mehr als zwei Millionen vollversicherten Personen ist die Debeka mittlerweile der größte private Krankenversicherer in Deutschland. Ihren Mitgliedern für die eingezahlten Beiträge ein Höchstmaß an Leistungen zur Verfügung zu stellen, ist nach wie vor das oberste Ziel der Debeka. Die Grundlage für das gute Preis-Leistungs-Verhältnis aller Debeka-Produkte bilden unter anderem die sparsame Verwaltungsführung und hohe Kapitalerträge.

Erzielte Überschüsse fließen den Mitgliedern wieder zu.

### Beitragsrückerstattung

Die Debeka zahlt Mitgliedern, die keine Rechnungen einreichen bzw. kleinere Rechnungen selbst begleichen, eine hohe Beitragsrückerstattung. Für 2010 erstattet sie

bei Leistungsfreiheit wiederum bis zu vier Monatsbeiträge für Krankheitskostenvolltarife und sechs Monatsbeiträge für Ausbildungstarife. Im Gegensatz zu der sonst gängigen Praxis wird die Beitragsrückerstattung der Debeka bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr in voller Höhe gezahlt.

### **Nur ein Tarifwerk**

Die Debeka arbeitet mit nur einem Tarifwerk. Über 1,7 Millionen Beamte sind in einem Tarif für Beamte, der 1970 eingeführt wurde, versichert. Paralleltarife, die der Gefahr einer Vergreisung unterliegen, gibt es bei der Debeka nicht.

### **Beiträge im Alter**

Die Debeka beweist, dass Beiträge im Alter nicht steigen müssen. Im Gegenteil – im vergangenen Jahr hat sie bereits zum zweiten Mal die Beiträge für 50.000 Versicherte, die älter als 80 Jahre sind, gesenkt.

„Schon heute, wenige Jahre nach Einführung zusätzlicher Maßnahmen zur Reduzierung der Beiträge im Alter, hat die Debeka den Vorwurf gegen die Branche, im Alter seien private Krankenversicherungen für ältere Versicherte oftmals nur schwer zu bezahlen, widerlegt“, sagt Uwe Laue, Vorstandsvorsitzender des Marktführers. „80- und 90-Jährige zahlen im Durchschnitt keinen höheren Beitrag mehr als beispielsweise 65-Jährige. Und je länger die eingeleiteten Maßnahmen wirken, um so deutlicher wird der beitragsentlastende Effekt sein.“

### **Die Debeka hat die zufriedensten Kunden**

Die Kunden bzw. Mitglieder der Debeka Krankenversicherung sind die zufriedensten der gesamten Branche. Dies ist das Ergebnis der aktuellen Befragung „Kundenmonitor Deutschland“, die jährlich von der Servicebarometer AG durchgeführt wird. 75,6 Prozent der Debeka-Mitglieder sind mit ihrer Krankenversicherung „vollkommen zufrieden“ oder „sehr zufrieden“.

Der entsprechende Wert der Branche liegt bei 59,3 Prozent. Weiterhin dominiert die Debeka in den erfragten Teilaspekten Preis-Leistungs-Verhältnis und Weiterempfehlungsabsicht.

#### **Herausgeber:**

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: [info@rechtspflegerverband-bayern.de](mailto:info@rechtspflegerverband-bayern.de)

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter [www.rechtspflegerverband-bayern.de](http://www.rechtspflegerverband-bayern.de)

Vorsitzender: Peter Hofmann, Bamberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.